



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Dokumentation der Fachtagung

„Bürgerbeteiligung auf Bundesebene – Erfolge und Perspektiven“

Berlin, 11. Juli 2017

Inhaltsverzeichnis

Ablauf	3
Begrüßung und Impulsvortrag „Gute Bürgerbeteiligung auf Bundesebene“	5
Kurze Impulse zu Beispielen guter Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	6
Parallele Diskussionsforen	10
Forum 1: Innovative Formate lokaler Beteiligung – übertragbar auf Bundesebene?	10
Forum 2: Partizipative Gesetzgebung auf Bundesebene?	14
Forum 3: E-Partizipation und Open Government auf gutem Weg?	16
Ideen und Perspektiven unterschiedlicher Akteure	18
Exklusivinterview „Bürgerbeteiligung auf Bundesebene – Chancen einer neuen Beteiligungskultur“	22
Podiumsdiskussion „Placebo oder Gewinn? – Wie kann Bürgerbeteiligung die parlamentarische Demokratie sinnvoll stärken?“	23
Teilnahmeliste.....	26
Weitere Impressionen der Veranstaltung	31

Ablauf

Datum: 11. Juli 2017

Ort: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Stresemannstraße 128, Berlin

Moderation: Kathrin Bimesdörfer, IFOK GmbH

Zeit	Programmpunkt
9.30 Uhr	Ankommen sowie Markt der Möglichkeiten
10.00 Uhr	Begrüßung und Impulsvortrag „Gute Bürgerbeteiligung auf Bundesebene“ <i>Ministerialdirektor Dietmar Horn, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</i>
10.15 Uhr	Kurze Impulse zu Beispielen guter Bürgerbeteiligung auf Bundesebene <ul style="list-style-type: none">• „Gut Leben in Deutschland“ – <i>Dr. Anika Rasner, Bundeskanzleramt</i>• Bürgerbeteiligung beim Netzausbau – <i>Dr. Susanne Cassel, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie</i>• Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche – <i>Christine Weiss, Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit</i>
11.00 Uhr	Diskussion in Foren (parallel) <ul style="list-style-type: none">• Forum 1: Innovative Formate lokaler Beteiligung – übertragbar auf Bundesebene? Impulse: <i>Dr. Christina West, Urban Office, Universität Heidelberg;</i> <i>Kay-Uwe Kärsten, WerkStadt für Beteiligung Potsdam;</i> <i>Stefan Richter, Stiftung Zukunft Berlin</i>• Forum 2: Partizipative Gesetzgebung auf Bundesebene? Impulse: <i>Prof. Dr. Arne Pautsch, Hochschule Ludwigsburg;</i> <i>Bastian Rothe, Bundesministerium des Innern;</i> <i>Prof. Dr. Jan Ziekow, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung</i>• Forum 3: E-Partizipation und Open Government auf gutem Weg? Impulse: <i>Prof. Dr. Moreen Heine, Universität Potsdam;</i> <i>Stephan Naundorf, Bundeskanzleramt;</i> <i>Julia Kleber, Polidia</i>
12.20 Uhr	Mittagspause mit Imbiss sowie Markt der Möglichkeiten
13.15 Uhr	Ideen und Perspektiven unterschiedlicher Akteure <ul style="list-style-type: none">• Von Stuttgart 21 zur Staatsrätin für Bürgerbeteiligung: das Beispiel Baden-Württemberg – <i>Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg</i>• Vom Integrierten Umweltprogramm zur UN-Klimakonferenz 2017: Bürgerbeteiligung im BMUB – <i>Dr. Michael Münnich, Referatsleiter Bürgerbeteiligung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</i>

- Bürgerbeteiligung international: Was können wir von anderen Ländern lernen? – *Daniel Schily, Democracy International*

14.35 Uhr

Kaffeepause sowie Markt der Möglichkeiten

15.00 Uhr

Exklusivinterview „Bürgerbeteiligung auf Bundesebene – Chancen einer neuen Beteiligungskultur“

Staatssekretär Jochen Flasbarth, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

15.15 Uhr

Podiumsdiskussion „Placebo oder Gewinn? – Wie kann Bürgerbeteiligung die parlamentarische Demokratie sinnvoll stärken?“

- *Staatssekretär Jochen Flasbarth, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit*
- *Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg*
- *Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung*
- *Bettina Gaebel, Bürgervertreterin im Nationalen Begleitgremium*
- *Anna Renkamp, Bertelsmann Stiftung*

16.15 Uhr

Ende der Veranstaltung

Begrüßung und Impulsvortrag „Gute Bürgerbeteiligung auf Bundesebene“

Ministerialdirektor Dietmar Horn, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Ministerialdirektor Dietmar Horn begrüßte die Teilnehmenden zur *Fachtagung „Bürgerbeteiligung auf Bundesebene – Erfolge und Perspektiven“* und dankte für das große Interesse an diesem Thema. Herr Horn ging auf die Hintergründe und Ziele der Veranstaltung ein. Er unterstrich die wachsende Bedeutung von Bürgerbeteiligung insbesondere bei Planung und Bau von großen Infrastrukturprojekten aber auch bei kommunalen Vorhaben.

Bürgerbeteiligung sei ein Instrument, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Politik und Verwaltung zu stärken. Basierend auf dem Koalitionsvertrag habe das BMUB in dieser Legislaturperiode auf Bundesebene die Initiative ergriffen und eine Reihe eigener Beteiligungsprozesse gestartet. Hervorzuheben seien die BMUB-Bürgerdialoge zum Integrierten Umweltprogramm 2030, zum Klimaschutzplan 2050 und zum Programm Ressourceneffizienz (ProgRes). Dabei wurden jeweils Bürgerinnen und Bürger per Zufallsauswahl beteiligt und konnten ihre Forderungen und ihre Sicht einbringen. Die Ergebnisse der Dialoge seien durchweg von Engagement und Sachkenntnis geprägt gewesen. Entscheidend für die Qualität und die Glaubwürdigkeit solcher Verfahren sei, die Rahmenbedingungen und vor allem die Grenzen der jeweiligen Beteiligungsprozesse vorher verbindlich und öffentlich zu benennen.

Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei politischen Entscheidungsprozessen habe – bei den hier in Rede stehenden Verfahren – beratenden Charakter. Die Zuständigkeiten für die jeweiligen Entscheidungen blieben davon unberührt. Bürgerinnen und Bürgern könne so eine zusätzliche, beratende Stimme in Ergänzung zum repräsentativen System gegeben werden. Ziele seien eine breite Verfahrensakzeptanz einerseits und die Erweiterung der Entscheidungsgrundlage für diejenigen, die am Ende die Entscheidungen treffen.

Eine besondere Herausforderung bleibe die Einbeziehung von sogenannten „beteiligungsfernen“ gesellschaftlichen Gruppen. Hier müssten bessere Lösungen gefunden werden.

Das BMUB werde seine Aktivitäten zur Bürgerbeteiligung auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Man wolle weitere Dialoge auf Bundesebene initiieren, vorbildliche Bürgerbeteiligung sichtbarer zu machen und die Qualität der Prozesse weiter steigern. Herr Horn wies in diesem Zusammenhang auf den Wettbewerb „Ausgezeichnet! – Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung“ hin, den das BMUB zusammen mit dem Umweltbundesamt zum Jahresende startet. Alle, die Bürgerbeteiligungsprozesse im Geschäftsbereich des BMUB – also auch im Bereich Bau- und Städtebau – durchgeführt haben, seien zur Teilnahme eingeladen.

Die Moderatorin Kathrin Bimesdörfer, IFOK GmbH, begrüßte ebenfalls zur Fachtagung und stellte den Ablauf der Veranstaltung vor. Die Teilnehmenden erwarteten drei kurze Impulse zu Bürgerbeteiligungsprozessen auf Bundesebene und drei anschließende parallel stattfindende Diskussionsforen. Nach der Mittagspause werde die Perspektive erweitert und gemeinsam auf Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene geschaut. Abschließend stünde in einer Podiumsdiskussion die Frage „Placebo oder Gewinn? – Wie kann Bürgerbeteiligung die parlamentarische Demokratie sinnvoll stärken?“ im Fokus. Die Moderatorin wies außerdem auf den Markt der Möglichkeiten hin, der parallel zur Veranstaltung Informationen zu verschiedenen Bürgerbeteiligungsprozessen bot.

Frau Bimesdörfer leitete zu dem nächsten Programmpunkt über und stellte die drei Referentinnen Frau Dr. Anika Rasner, Bundeskanzleramt, Frau Dr. Susanne Cassel, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, und Frau Christine Weiss, Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, vor.

Kurze Impulse zu Beispielen guter Bürgerbeteiligung auf Bundesebene

„Gut Leben in Deutschland“ – Dr. Anika Rasner, Bundeskanzleramt

Frau Dr. Anika Rasner stellte den Bürgerdialog zur Regierungsstrategie „Gut Leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ vor. Insgesamt wurden über 200 Bürgerdialoge im kompletten Bundesgebiet durchgeführt. Über zwei Fragen wollte die Bundesregierung mit den Bürgerinnen und Bürgern dabei ins Gespräch kommen: *Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben? Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?* Ziel war es, das zukünftige Handeln der Bundesregierung stärker an den Prioritäten der Bürgerinnen und Bürgern ausrichten zu können.

Frau Dr. Rasner betonte, dass der Prozess vom gesamten Kabinett mitgetragen wurde. Die Bundeskanzlerin sowie alle Ministerinnen und Minister haben selbst zu 50 Bürgerdialogen eingeladen. Koordiniert wurde der gesamte Prozess im Bundeskanzleramt; Konzeption, Planung und Umsetzung erfolgte in Zusammenarbeit mit den Ressorts. Auf eine externe Vergabe sei also

explizit verzichtet worden. Durch die Einbindung von Multiplikatoren in ganz Deutschland konnte eine große gesellschaftliche Breite erreicht werden, allerdings war der Kreis der Teilnehmer nicht repräsentativ.

Als Formate wurden Vor-Ort-Dialoge, ein Online-Dialog sowie die Teilnahme per Postkarte gewählt. Frau Dr. Rasner stellte die Vor-Ort-Dialoge als Herzstück des Prozesses heraus. Die Referentin präsentierte die Ergebnisse des Verfahrens in Kürze. So wurden beispielsweise Aspekte wie die Sicherheit des Arbeitsplatzes oder mehr Zeitautonomie sowie Frieden besonders häufig von den Teilnehmenden diskutiert. Für weitere Details verwies sie auf den interaktiven Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland¹.

Die erste Frage der Moderatorin an die Vortragende bezog sich auf die Offenheit des Prozesses, die sich auch in der Ansprache der Bürgerinnen und Bürger erkennen ließ – warum habe man sich für eine offene Herangehensweise entschieden. Dr. Rasner verwies auf die Kooperation mit regionalen Multiplikatoren, die frei zu den Dialogen einladen konnten. Damit sei eine niedrigschwellige Ansprache der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht worden – die Barriere wäre ggfs. höher gewesen, wenn die Bundesregierung direkt eingeladen hätte. Auf die Frage, was Frau Dr. Rasner bei den Dialogen überrascht hätte, erwähnte diese die große Bandbreite der Aspekte von Lebensqualität, die von den Teilnehmenden diskutiert wurden. Die Bürgerinnen und Bürger setzten sich zum Teil auch kritisch mit ihrer Lebensqualität, aber auch der Arbeit der Politik auseinander.

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau – Dr. Susanne Cassel, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Den zweiten Impulsvortrag gab Frau Dr. Susanne Cassel zur vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie seit Anfang 2015 geförderten Initiative Bürgerdialog Stromnetz. Ziel des Bürgerdialog Stromnetz ist es, einen breiten Dialog aller am Netzausbau Beteiligten zu fördern und so zu mehr Akzeptanz für den Netzausbau beizutragen. Dr. Cassel beschrieb, dass der Gesetzgeber ein transparentes Verfahren zur Netzausbauplanung geschaffen habe, das auf allen Prozessstufen Öffentlichkeitsbeteiligung vorsehe. Neben der formellen Beteiligung würden von den Übertragungsnetzbetreibern und der Bundesnetzagentur auch vielfältige informelle Beteiligungsformate angeboten. Der Bürgerdialog Stromnetz als ein weiteres informelles Beteiligungsangebot verstehe sich als neutrale Informations- und Dialogplattform zu allen Fragen rund um den Netzausbau. Sein Markenzeichen sei die Präsenz vor Ort. In deutschlandweit zehn Bürgerbüros und einem Dialog-Mobil stehe er für die Menschen in den vom Netzausbau betroffenen Regionen als Ansprechpartner bereit. Die in den Bürgerbüros tätigen Regionalmanager würden die örtlichen Gegebenheiten kennen und seien daher kompetente und glaubwürdige Gesprächspartner. In zahlreichen Veranstaltungen unterschiedlicher Formate und für verschiedene Zielgruppen, wie etwa Jugendliche, Landwirte, Journalisten oder die breite

¹ Der Bericht ist hier einzusehen: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de>

Öffentlichkeit, nehme der Bürgerdialog aktuelle Diskussionen auf und informiere über Beteiligungsmöglichkeiten. Um komplexe Zusammenhänge und spezifische Fragen fachkundig erläutern und beantworten zu können, nahmen vielfach Experten an den Veranstaltungen teil. Frau Dr. Cassel zog das Fazit, dass sich der Bürgerdialog Stromnetz inzwischen als glaubwürdiger und ausgewogener Akteur im Dialogkonzert zum Netzausbau etabliert habe, indem er zielgenau und verständlich Informationen vermittele und die unterschiedlichen Positionen zum Netzausbau versammle. Als neutrale Plattform trage er dazu bei, Debatten zu versachlichen.

Die Moderatorin Frau Bimesdörfer hakte bei Frau Dr. Cassel nach, auf welche Herausforderungen die Bürgerbüros vor Ort treffen würden. Die Vortragende erläuterte, dass sich der Bürgerdialog Stromnetz zunächst Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern hätte erarbeiten und seine Rolle in Abgrenzung zu den anderen Akteuren des Netzausbaus definieren und kommunizieren müssen. Durch fundierte, ausgewogene Informationen und das Angebot, alle Beteiligten ins Gespräch zu bringen, biete der Bürgerdialog eine Dialogplattform für unterschiedliche Positionen rund um den Netzausbau. Entscheidend für den Erfolg der Dialoge sei es, jeweils auf die regionalen Besonderheiten und den jeweiligen Adressatenkreis maßgeschneiderte Formate anzubieten.

Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche – Christine Weiss, Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit

Als dritte Impulsgeberin aus der Praxis sprach Frau Christine Weiss zur Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche. Sie betonte, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche – im Gegensatz zu den vorangegangenen Beispielen – erst am Anfang stehe. Das Ziel des Beteiligungsprozesses sei es, einen tolerierbaren und sicheren Standort für das Endlager für hochradioaktive Abfälle zu finden. Sie erwähnte in diesem Zuge auch das in diesem Jahr verabschiedete Standortauswahlgesetz, welches die dialogische Öffentlichkeitsbeteiligung detailliert regle. Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) baue derzeit eine Informationsplattform für die breite Öffentlichkeit auf. Das Nationale Begleitgremium (NBG) sei vom Gesetzgeber vorgesehen worden, um den Prozess des Auswahlverfahrens zu begleiten. Dies setze sich aktuell aus sechs Mitgliedern des öffentlichen Lebens, die vom Bundestag und Bundesrat gewählt worden seien, sowie aus drei Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Zukünftig solle die Anzahl der Mitglieder des NBG auf insgesamt 18 Personen, davon sechs Bürgerinnen und Bürger gesteigert werden. Als Herausforderung des Beteiligungsprozesses nannte Frau Weiss die Langwierigkeit der Endlagersuche sowie die Komplexität des Themas. Durch die Öffentlichkeitsarbeit soll die Akzeptanz in der Bürgerschaft gesteigert werden.

Die Moderatorin richtete die Frage an die Referentin, was sie von der Laienbeteiligung im Prozess erwarten würde und welche Rolle die zufällig ausgewählten Bürger und Bürgerinnen einnehmen würden. Frau Weiss gab daraufhin zu bedenken, dass die gleichberechtigte Einbeziehung der zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger eine schwierige Situation darstelle. Da das NBG

aber selbstständig handle, müsse dieses eine geeignete Handlungsweise dazu ausarbeiten. Für den Kontakt mit Laien aus der interessierten Öffentlichkeit sei die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern aber als sehr positiv zu bewerten.



Fragen & Diskussion:

Im Anschluss an die drei Kurzimpulse konnte das Publikum Fragen an die Vortragenden richten.

Zur Publikumsfrage, welche inhaltlichen Erkenntnisse die Studie „Gut leben in Deutschland“ lieferte, gab Frau Dr. Rasner an, dass nach Dimensionen geforscht worden sei, die Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind. So gaben diese vermehrt an, dass die Themen Gesundheit, Arbeit aber auch die globale Verantwortung Deutschlands wichtig seien. Vor allem wurde der aktuelle Stand der Lebensqualität in Deutschland abgebildet, um politische Interventionspunkte feststellen zu können.

An Frau Weiss wurde die Frage aus dem Publikum gerichtet, wie die Tätigkeit der zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger im Nationalen Begleitgremium geregelt sei. Frau Weiss entgegnete auf die Frage, dass die Amtszeit der zufällig gewählten Bürgerinnen und Bürger (wie der übrigen Mitglieder auch) auf drei Jahre beschränkt sei, jedoch zweimalig verlängert werden könne. Auf die restlichen Ausgestaltungen nehme das BfE keinen Einfluss, da dies durch das NBG selbst geregelt würde. Ein Teilnehmer stellte zudem die Frage, wie die Anschlussfähigkeit von Anmerkungen aus der Bürgerschaft in der Endlagersuche vom Gesetzgeber gewährleistet werden könne. Frau Weiss gab zu bedenken, dass dies ein schwieriger Punkt für das BfE sei, da nicht klar sei, wie umfangreich die Anmerkungen sein werden, jedoch mit Stellungnahmen auf die Äußerungen im Beteiligungsverfahren eingegangen werden würde.

Die Frage, wie damit umgegangen werde, dass das „Ob“ des Netzausbaus im Partizipationsverfahren nicht mehr in Frage gestellt werden könne, wurde an Frau Dr. Cassel

gerichtet. Diese stellte klar, dass über das „Ob“ in den ersten Schritten des Netzausbaus (Szenariorahmen, Netzentwicklungspläne, Bundesbedarfsplan) entschieden werde und sich die Öffentlichkeit schon dort beteiligen könne. In den späteren Schritten gehe es dann nur noch um das „Wie“ des Netzausbaus. Der Bürgerdialog informiere die Beteiligten über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Phasen des Netzausbaus. Wichtig sei es, ein klares Erwartungsmanagement zu betreiben, d. h. deutlich zu kommunizieren, was der jeweilige Beteiligungsprozess leisten kann und was nicht.

Nach der angeregten Diskussion mit dem Publikum leitete die Moderatorin Frau Bimesdörfer in die drei parallel stattfindenden Diskussionsforen über, in denen jeweils drei Impulsgeberinnen bzw. Impulsgeber einen kurzen thematischen Impuls hielten.

Parallele Diskussionsforen

Forum	Impulse	Moderation
Forum 1: Innovative Formate lokaler Beteiligung – übertragbar auf Bundesebene?	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Dr. Christina West, Urban Office, Universität Heidelberg</i> • <i>Kay-Uwe Kärsten, WerkStadt für Beteiligung Potsdam</i> • <i>Stefan Richter, Stiftung Zukunft Berlin</i> 	Inga Stern, IFOK GmbH
Forum 2: Partizipative Gesetzgebung auf Bundesebene?	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Prof. Dr. Arne Pautsch, Hochschule Ludwigsburg</i> • <i>Bastian Rothe, Bundesministerium des Innern</i> • <i>Prof. Dr. Jan Ziekow, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung</i> 	Kathrin Bimesdörfer, IFOK GmbH
Forum 3: E-Partizipation und Open Government auf gutem Weg?	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Prof. Dr. Moreen Heine, Universität Potsdam</i> • <i>Stephan Naundorf, Bundeskanzleramt</i> • <i>Julia Kleber, Polidia</i> 	Yannick Dischinger, IFOK GmbH

Forum 1: Innovative Formate lokaler Beteiligung – übertragbar auf Bundesebene?

Leitfragen:

- Welche Formate der Beteiligung wenden Sie auf kommunaler / bzw. Landesebene an? Wo liegen die Stärken und Schwächen?
- Welche innovativen Herangehensweisen haben Sie eingesetzt? In welchem Kontext und was war gut/neu und wo zeigten sich ggf. auch Schwächen?
- Übertragbarkeit auf Bundesebene – was können Sie aus diesen Erfahrungen für Bürgerbeteiligungsprozesse auf Bundesebene empfehlen?



Im Forum 1 standen lokale und regionale Beteiligungsformate im Fokus. Dabei wurde der Frage der Übertragbarkeit regional und lokal erprobter Ansätze auf Prozesse auf Bundesebene besonderer Augenmerk geschenkt. Als Einstieg in die Diskussion waren drei Impulsgeberinnen und -geber geladen, die durch kurze Vorträge einen Blick auf das Thema aus ihrer jeweiligen praxisnahen Perspektive warfen.

Herr Stefan Richter, Vorstand der Stiftung Zukunft Berlin, ging in seinem kurzen Impuls auf den Ansatz der „bürgerschaftlichen Mitverantwortung“, der der Arbeit der Stiftung zugrunde liege, ein. Wichtige Entscheidungen sollten nicht der Politik allein überlassen werden. Die Stiftung mache sich dafür stark, dass Erfahrungen und Kompetenz von Bürgerinnen und Bürgern möglichst effektiv in die politischen Entscheidungen einfließen. Dabei gehe es um eine gemeinsame Entscheidungsvorbereitung zwischen Zivilgesellschaft und Politik. Hierdurch würden die demokratisch legitimierten Institutionen gestärkt. Die Stiftung habe fünf Grundsätze zur bürgerschaftlichen Mitverantwortung erarbeitet – und auch schon in Verfahren in Berlin angewendet. Aktuell wird nach diesen Grundsätzen das „Berlin-Forum“ zur Erarbeitung einer Stadtstrategie für Berlin vorbereitet. Herr Richter betonte besonders die Notwendigkeit der absoluten Augenhöhe aller Akteure im Prozess der gemeinsamen Entscheidungsvorbereitung. Dies würde unter anderem bedeuten, dass die Entscheidungsträger ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger persönlich bei den Forumstreffen anwesend seien. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft befänden sich gemeinsam an einem Tisch in einem Dialog auf Augenhöhe. Das Berlin-Forum bestehe aus 30 politischen und 30 Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Flankiert werde das Forum von einer Begleitgruppe aus 400 Bürgerinnen und Bürgern Berlins. Es gehe explizit nicht um den Schlagabtausch verschiedener Positionen, sondern darum, gemeinsam herauszuarbeiten: Was spricht wofür aus welchen Gründen? Was spricht wogegen aus welchen Gründen? Die Entscheidung selbst verbleibt bei den demokratisch legitimierten Institutionen. Hiervon verspricht sich das Forum eine höhere Qualität der Beschlüsse und eine daraus resultierende größere Akzeptanz. Bürgerinnen und Bürger sollen möglichst bei der Umsetzung mitwirken und die Beschlüsse auch mitverantworten. Sie haben sie ja auch mitvorbereitet.

Im Anschluss berichtete Frau Dr. Christina West, Koordinatorin und Geschäftsführerin des Urban Office am Geographischen Institut der Universität Heidelberg, von ihren Erfahrungen. Im Reallabor „Urban Office – Nachhaltige Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft“ werden aktuelle Stadtentwicklungsprozesse angesichts rasanter gesellschaftlicher und gesellschaftspolitischer Veränderungen in Echtzeit und in Zusammenarbeit mit Praxispartnern sowie Partner verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen untersucht. Wichtige Praxispartner seien unter anderem das Stadtplanungsamt Heidelberg und die Internationale Bauausstellung Heidelberg ebenso wie Bewohner Heidelbergs. Ziel sei es, interdisziplinär und transdisziplinär zu forschen, zu experimentieren, dafür Räume zu ermöglichen und Prozesse zu gestalten. Ausgehend vom der Ko-Produktion von Stadt sollen mit den Praxispartnern die Fragen nach Urbanität, nachhaltiger Stadtentwicklung, Visionen, Utopien und Identitäten im urbanen Kontext erforscht werden. Zentraler Ansatz hierbei seien die Vielfalt der beteiligten Akteure, der Praxisbezug sowie ein co-design von Forschungsfragen und eine co-produktive Wissensgenerierung auf Augenhöhe. Wesentlich dabei sei, keine vorgefertigten Ideen zu präsentieren, sondern den Menschen erstmal zuzuhören, um gegenseitig Perspektiven und Positionen einordnen zu können, divergierende Werte und Zielvorstellungen auszutauschen und (Selbst-)Reflektion zu erhöhen. Denn gerade angesichts der vielfältigen, dynamischen gesellschaftlichen Prozesse würden bestehende Analyse- und Entwicklungsmodelle kaum mehr greifen – sie ließen einen blind für die Alltagsdynamiken der Menschen. Angesichts dessen brauche es neue politische Prozesse.

Herr Kay-Uwe Kärsten stellte die Potsdamer „WerkStadt für Beteiligung“ vor, die im November 2013 ihre Arbeit aufnahm – mit den Zielen: 1) Allen Einwohnerinnen und Einwohnern Potsdams einen leichten Zugang zu verschiedenen Formaten der aktiven Beteiligung zu ermöglichen; 2) die kommunale Verwaltung bei der Entwicklung und Steuerung von Beteiligungsprozessen zu beraten und zu unterstützen und 3) langfristig auf die Etablierung von Qualitätsstandards und für Beteiligung günstige Strukturen hinarbeiten. In Form von Schulungen, Beratung und Hilfestellungen bei Prozessdesign und Prozessumsetzung sowie Nachsorge sollen alle Akteurinnen und Akteure die Möglichkeit bekommen, sich zu qualifizieren und gute Beteiligung durchzuführen. Die Innovation dieses Projektes sei die Struktur an sich, so Kärsten. Es besteht aus einer verwaltungsinternen Einheit aus drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt sind. Ergänzt wird die WerkStadt für Beteiligung durch eine verwaltungsexterne Organisationseinheit, dem freien Träger mitMachen e.V.. Ein zivilgesellschaftlicher Träger und die Verwaltung arbeiten hier also partnerschaftlich und mit gleichen finanziellen Mitteln ausgestattet zusammen. Herr Kärsten betonte, dass Beteiligung nicht hoheitlich auf der Verwaltungsebene gestaltet werden könne und solle, da diese monoperspektivische Herangehensweise zu eng sei. Es entstünden so allzu häufig top-down gedachte Beteiligungsprozesse, die die Perspektive der Verwaltung und deren Organisationslogik überbetonen und denen es dadurch oft an Anschlussfähigkeit, Attraktivität sowie Glaubwürdigkeit und letztlich an konstruktiver und nachhaltiger Wirkung fehle. Es brauche ein zivilgesellschaftliches Gegenstück, um in der Prozessgestaltung verschiedene Perspektiven

einzubringen. Dies funktioniere in Potsdam mit breiter Akzeptanz aller Akteurinnen und Akteure auf Basis der Potsdamer Grundsätze der Beteiligung gut. Diese Struktur sei bundesweit einzigartig. Durch die Einrichtung der WerkStadt für Beteiligung habe sich in Potsdam eine gut institutionalisierte Struktur für Beteiligung etabliert, die Zugangshürden für Beteiligung seien gesunken, die Prozessqualität insgesamt sei verbessert worden und zudem böte die WerkStadt einen Erfahrungsspeicher zu Beteiligung für Potsdam.

Nach den kurzen Vorträgen der drei Impulsgeberinnen und Impulsgeber eröffnete die Moderatorin des Forums, Frau Inga Stern, die Diskussionsrunde mit den Forumsteilnehmenden.

Auf die Frage, wie es der Stiftung Zukunft Berlin im Berlin-Forum gelinge, auch beteiligungsferne Gruppen zu erreichen, erwiderte Herr Richter, dass nicht die Stiftung die Personen aus der Zivilgesellschaft auswähle. Bei jedem Thema würde von den einzelnen relevanten Belangen ausgegangen, zu denen jeweils ein Vertreter bzw. eine Vertreterin aus der Gesellschaft involviert werde. Die Auswahl des Vertreters/der Vertreterin erfolge durch die gesellschaftlichen Gruppen selbst – diese würden selbst bestimmen, wer sie vertrete. Die Zivilgesellschaft stellt sich selbst auf, die Vertretung wird nicht wie sonst oft üblich von der Politik bestimmt.

Im Hinblick auf Frage der Übertragbarkeit des Ansatzes des Heidelberger Reallabors auf Bundesebene gab Frau Dr. Christina West an, dass eine Skalierung auf Bundesebene denkbar sei. Die auf lokaler Ebene gemachten Erfahrungen könnten zum Beispiel in ein Bundesinstitut für Reallabore und transversale Stadtentwicklungsforschung übertragen werden, das Wissen auf Bundesebene sammeln und viele verschiedene Expertisen zusammenbringen könnte, um schließlich auch politische Prozesse sowie gesellschaftliche Teilhabe zu verändern.

In der Diskussion wurden in der Folge verschiedene weitere Aspekte des Themas aufgegriffen. Im Hinblick auf die Frage, was wirklich innovativ bei Formaten sei, vertraten einige Teilnehmende die Auffassung, dass das paradigmatisch Neue sei, formalisierte Prozesse mit dem Alltag zu verbinden. Es gelte, eine neue Perspektive einzunehmen – von der bislang noch dominierenden „Beteiligung sucht Bürgerinnen und Bürger“ hin zu „Bürgerinnen und Bürger suchen Beteiligung“. Eine Teilnehmerin betonte, dass es nicht immer ganz neuer Formate bedürfe – auch gute gemachte bodenständige Prozesse könnten innovativ sein.

Das Zusammenspiel von Akteuren im Beteiligungsbereich sei eine große Herausforderung. Gleiches gelte für das Erreichen von sowohl organisierten als auch nicht-organisierten Bürgerinnen und Bürger durch Beteiligungsformate.

Insgesamt machte die Diskussion deutlich, dass die lokale Ebene ein Experimentierfeld für Bürgerbeteiligung bietet, von der die Landes- und Bundesebene viel lernen könne – die Frage der Übertragbarkeit der einzelnen Ansätze auf Bundesebene konnte im Forum lediglich angerissen werden und bedarf noch weitergehender Diskussionen.

Forum 2: Partizipative Gesetzgebung auf Bundesebene?

Leitfragen:

- Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Gesetzgebung – wie kann das gelingen?
- Wie passen Bürgerbeteiligung und Gesetzgebung in der repräsentativen Demokratie zusammen? Welche Funktion soll Bürgerbeteiligung haben und zu welchem Zeitpunkt soll sie im Gesetzgebungsprozess stattfinden?
- Welche Erwartungen und Bereitschaft haben Bürgerinnen und Bürger, sich an Gesetzgebungsprozessen zu beteiligen? Zu welchen Themen, in welcher Art und mit welchen Folgen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit die Beteiligung gelingt?
- Was können wir von Verfahren auf Landesebene für die Bundesebene lernen?



In Forum 2 wurde nach drei Kurzimpulsen von Experten diskutiert, wie die partizipative Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern in Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene gelingen und dessen Ausgestaltung aussehen könne.

Das Forum 2 startete mit einem Impulsvortrag von Prof. Dr. Pautsch von der Hochschule Ludwigsburg, der vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen von Bürgerbeteiligung in der Gesetzgebung beleuchtete. Er warf die Frage auf, wie Bürgerbeteiligung und repräsentative Demokratie gemeinsam gedacht werden können und welche Anforderungen und Rahmenbedingungen es in diesem Kontext zu berücksichtigen gäbe. So müsse die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in den parlamentarischen Prozessen geklärt werden. Außerdem ging er auf das Dilemma der Verbindlichkeit ein. Verbindlichkeit würde seitens der Beteiligten im Umgang mit den Erkenntnissen aus dem Beteiligungsprozessen erwartet. Dies könne allerdings nur gering bis gar nicht eingehalten werden, da eine solche Verbindlichkeit nur zur Ausgestaltung des Verfahrens, nicht jedoch zu den Entscheidungen des Gesetzgebers zugesichert werden könne.

In Verbindung mit Online-Konsultationen sei es außerdem wichtig, die Manipulationsfähigkeit des Prozesses einzudämmen.

Als zweiter Impulsgeber ging Herr Rothe auf seine Arbeit im Bundesministerium des Innern zum Thema eGesetzgebung ein. Das Projekt hat das Ziel, über alle Verfassungsorgane hinweg den Gesetzgebungsprozess medienbruchfrei zu digitalisieren. Außerdem werde geprüft, wie über die Verbände hinaus auch Bürgerinnen und Bürger digital in Gesetzgebungsverfahren einbezogen werden könnten. Herr Rothe resümierte, dass zurückliegende Bestrebungen in E-Partizipationsprozessen unterschiedliche Ergebnisse lieferten. Daraus könne man lernen, dass Bürgerinnen und Bürger adressatengerecht einbezogen und der Kontext, Rahmenbedingungen sowie die politische Einbettung der Themen transportiert werden sollten. Zugleich gäbe es Skepsis gegenüber Online-Komentierungen und der Komplexität von Inhalten und Auswertungsprozessen. Abschließend merkte Herr Rothe an, dass das Interesse der Bürgerschaft am Thema da sei, die passenden Formate und Mittel jedoch noch nicht vorliegen würden und unterschiedliche Ansätze evaluiert werden müssten.

Als dritter und letzter Impulsgeber ging Herr Prof. Dr. Ziekow, Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer, konkret auf die Durchführungsebene der partizipativen Gesetzgebung auf Bundesebene ein. In diesem Zuge betonte er die Wichtigkeit klar definierter Ziele und der Aufbereitung allgemeinverständlicher Informationen. Besonders sei dies bei komplexen und oft schwer verständlichen Gesetzesentwürfen zu beachten. Prof. Dr. Ziekow stellte dabei heraus, dass Akzeptanz und Legitimation durch Verstehen erfolge. Zum einen dürften Bürgerinnen und Bürger von der Informationsflut nicht erschlagen werden. Zum anderen müsse darauf geachtet werden, auch das politische System, z. B. durch regelmäßige Bürgerhearings in Bundestagausschüssen, nicht zu überfordern. Ein umsetzbarer Vorschlag des Impulsgebers hierzu bezog sich auf Stellungnahmen des Ausschusses zu wesentlichen Bürgereingaben. Prof. Dr. Ziekow ging außerdem auf die ergänzende Notwendigkeit einer moderierten Online-Partizipation ein, wenn auch die Ergebnisqualität in unmittelbaren diskursiven Verfahren höher sei.

Nach den Impulsvorträgen der drei Referenten eröffnete die Moderatorin des Forums, Frau Kathrin Bimesdörfer, die Diskussionsrunde mit den Teilnehmenden des Forums 2.

Eine Frage aus dem Publikum bezog sich darauf, welche Regeln, "rules of governance", benötigt würden, um faire und transparente Beteiligungsverfahren zu erreichen. Prof. Dr. Ziekow stellte klar, dass eine Mitgestaltung des Verfahrens nicht gleichbedeutend mit der Mitgestaltung des Ergebnisses sei. Prof. Dr. Pautsch merkte an, dass Verfahrensregelungen einen gewissen Rahmen bedürfen, um der Beteiligung Verlässlichkeit zu verleihen.

Außerdem kritisierte ein Teilnehmer, Gesetzesvorhaben als „Geheimwissen“ in der Bundesregierung zu halten und hinterfragte die willkürliche Einbeziehung von Verbänden in den Prozess der Ausarbeitung. Prof. Dr. Ziekow schlug dazu vor, die Verbändebeteiligung nach Schweizer Vorbild zu öffnen und über Gesetzesfolgenabschätzungen zu berichten. Dies

unterstrich auch Herr Prof. Dr. Pautsch, der eine Verfahrenstransparenz bewarb, um eine einladende Partizipation zu leben. Herr Rothe bemerkte, dass einige Referentenentwürfe von Gesetzen bereits heute schon online veröffentlicht werden. Er verwies aber auch darauf, dass ein digitales Verbänderegister helfen könnte, um die Verbändebeteiligung zielgerichteter zu gestalten. Außerdem schlug Herr Rothe vor, bei Gesetzesentwürfen von besonderem öffentlichen Interesse zusätzlich zur digitalen Bereitstellung die Bürgerschaft direkt zu adressieren und verständliche Kontexte zu den komplexen Verfahren zu schaffen. Zudem sollte die Auffindbarkeit der online verfügbaren Informationen besser gewährleistet werden.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde regte Herr Prof. Dr. Ziekow an, bereits bei Koalitionsverhandlungen Leuchtturmprojekte zu bestimmen, die sinnvoll mit Bürgermeinung hinterlegt werden könnten. Prof. Dr. Pautsch betonte abschließend nochmals, dass eine frühe Beteiligung auch bei Gesetzgebungsvorhaben vonnöten sei.

Forum 3: E-Partizipation und Open Government auf gutem Weg?

Leitfragen:

- Was kann mit Online-Beteiligung auf Bundesebene erreicht werden?
- Wie können bisherige Erfahrungen mit E-Partizipation bewertet werden und was sind Erfolgsfaktoren?
- Wie kann Online-Beteiligung Synergien mit Open Government Ansätze nutzen?



In Forum 3 stand die aktuelle Entwicklung im Bereich von E-Partizipation im Fokus. In einer offenen Diskussion wurde erörtert, wie bisherige Erfahrungen mit E-Partizipation zu bewerten seien und welche Erfolgsfaktoren daraus abgeleitet werden können. Ziel war es, aufbauend auf

diesen Erkenntnissen die Möglichkeit von Online-Beteiligungen auf Bundesebene zu diskutieren sowie mögliche Synergien mit Open-Government-Ansätzen zu identifizieren. Als Einstieg in die Diskussion waren drei Impulsgeberinnen und -geber geladen, die durch kurze Vorträge das Thema aus ihrer Perspektive umrissen und ihre Standpunkte skizzierten.

Den Einstieg machte Frau Professor Dr. Moreen Heine von der Universität Potsdam. Als Expertin für Open Government war ihr wichtig zu klären, dass unter Verwendung des Begriffs Open Government unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden können: (1) die Demokratieentwicklung insgesamt, (2) die Lösung von komplexen gesellschaftlichen Problemen und (3) die wirtschaftliche Entwicklung. Derzeit lasse sich getrieben von der öffentlichen Bereitstellung von Datensätzen (Open Data) jedoch ein gewisses Ungleichgewicht zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung beobachten. Partizipation im Sinne des Habermas'schen Deliberationsmodells sei dagegen deutlich komplexer und stelle letztlich ein großes Organisationsproblem dar. Die Digitalisierung und damit auch die E-Partizipation sei dabei nur *ein* Weg der Problemlösung.

Stephan Naundorf, zuständig für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung im Bundeskanzleramt, erklärte als zweiter Impulsgeber, dass das Ziel der Bundesregierung ein einfaches, verständliches und zielgenaues Recht sei. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Vorbereitung von Regelungsentwürfen sei dabei ein wichtiger Faktor. E-Partizipation müsse in ein zweckmäßiges Beteiligungsverfahren eingebettet sein. Je nach Zeitpunkt und Erkenntnisinteresse des Beteiligungsverfahrens könne E-Partizipation z.B. mit Vor-Ort-Veranstaltungen kombiniert werden. Jedenfalls reiche es meist nicht aus, komplizierte Texte irgendwo ins Internet zu stellen, oder externe Dienstleister zu beauftragen. Wichtig sei, dass Fachleute in Ministerien selbst ein Verständnis entwickeln, was passiert, wenn Gesetze auf die Realität treffen. Fazit seiner Einführung war: Was offline nicht funktioniert, wird online nicht besser.

Der dritte Impuls kam von Julia Kleber von polidia. Sie hielt ein Plädoyer für mehr Mut bei der Online-Beteiligung und warb dafür, den Aufwand, der hierbei nötig sei, nicht zu scheuen. Zwar bringe E-Partizipation einige Herausforderungen mit sich, jedoch habe man an vielen positiven Beispielen gesehen, dass sich die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet sehr gut dafür eigne, um Expertenmeinungen zu heben oder Konfliktlinien abzubilden. Damit diese Entwicklung weiter vorangetrieben werden kann, brauche es laut Kleber einen offenen Geist und klare Rahmenbedingungen.

Das Plenum griff die Anregungen der Impulsvorträge auf und ergänzte weitere Perspektiven und Erfahrungen. Dabei verdeutlichte sich, dass es bei der Beschreibung eines erfolgreichen Vorgehens in der E-Partizipation stets zwei Perspektiven gibt. Auf der einen Seite stünden die Anbieter und Initiatoren von Online-Beteiligungsprozessen. Bezüglich dieser Akteursgruppe wurde von einigen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern die These eingebracht, dass eine Organisation nur dann erfolgreich beteiligen kann, wenn auch intern eine offene Beteiligungskultur und eine Partizipationsfähigkeit vorhanden sei. Beides müsste verstärkt

gefördert und ausgebaut werden, um so auch ein besseres Verständnis für die Beteiligung der Bürgerschaft zu generieren.

Wichtiger als die Anbieterperspektive war in den Augen der Diskussionsteilnehmenden jedoch die Frage nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Daher müsste bei der Definition von Erfolg im Rahmen der E-Partizipation stärker die Nutzerperspektive in den Fokus gerückt werden: Wann war das Online-Verfahren in deren Augen erfolgreich? Das bedeutet zum Beispiel, dass die Ergebnisse der Beteiligung leicht zugänglich gemacht werden müssen, weil die Bürgerinnen und Bürger wissen möchten, was mit ihren Beiträgen passiert. Darüber hinaus wäre ein einfacher und kontinuierlicher Dialog zwischen den Initiatoren und den Beteiligten noch besser. Die Antworten dürften nicht wochenlang auf sich warten lassen. E-Partizipation böte dafür gute Möglichkeiten.

In einer digitalen Welt stelle die digitale Kommunikation zu Beteiligungsverfahren keine Option mehr da, sie sei unablässig, formulierte ein Teilnehmer. E-Partizipation sei dabei jedoch kein „Allheilmittel“, sondern weise neben Stärken auch Schwächen auf. So sei die Gefahr des Kontrollverlusts im digitalen Raum größer als offline, da Online-Tools gekapert und instrumentalisiert werden können. Gleichzeitig böte das Internet die Möglichkeit, aktuelle Debatten mit Hilfe von Monitoring-Tools kontinuierlich zu beobachten. Damit könnten Politik und Verwaltung gezielter auf die Themen reagieren, die die Menschen beschäftigen.

Die Zukunftsperspektive für E-Partizipation weise somit sowohl auf kommunaler und Landesebene als auch im Bund in eine ähnliche Richtung: Die Online-Beteiligung solle künftig weniger projektgetrieben sein, sondern einem offenen System weichen, mit dessen Hilfe eine kontinuierliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Verwaltungshandeln und Politikgestaltung möglich ist.

Ideen und Perspektiven unterschiedlicher Akteure

[Von Stuttgart 21 zur Staatsrätin für Bürgerbeteiligung: das Beispiel Baden-Württemberg – Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg](#)

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde der Referentinnen und Referenten übergab die Moderation das Wort an Frau Staatsrätin Gisela Erler. Diese betonte den besonderen Stellenwert der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, der durch ihr einmaliges Amt unterstrichen werde. Sie merkte an, dass eine Verknüpfung mit der repräsentativen Demokratie zwar noch ausstehe, die Handwerkszeuge aber bereits vorlägen. Der „Leitfaden für eine neue Planungskultur“ beziehe sich auf Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturfragen und sei für Landesverfahren nun verbindlich. Sie betonte die Wichtigkeit der Einbindung „stiller Gruppen“, wie z. B. Frauen, Senioren, und zufällig ausgewählter Bürgerinnen und Bürger. Letztere wirkten mäßigend in der Diskussion. Sie unterstrich dies, indem sie eine Anpassung der Formate an eher schüchterne Zielgruppen vorschlug sowie die persönliche Ansprache, beispielsweise durch lokale Partner, bewarb. Die

Vortragende wies auch auf die Verwendung einer leicht verständlichen Sprache, besonders bei Gesetzgebungsverfahren, hin. Staatsrätin Eler stellte die Themenlandkarte als ein Instrument vor, die es der Landesverwaltung aber auch der Bürgerschaft erlauben würde, Themen zu systematisieren und dementsprechend passende Stakeholder einzubeziehen. Als Learning für Baden-Württemberg erwähnte Staatsrätin Eler die Etablierung einer Antwortkultur und die Informationsweitergabe an Bürgerinnen und Bürger durch die Ministerien, um das Misstrauen der Bürgerschaft zu dezimieren.

Vom Integrierten Umweltprogramm zur UN-Klimakonferenz 2017: Bürgerbeteiligung im BMUB – Dr. Michael Münnich, Referatsleiter Bürgerbeteiligung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Herr Dr. Münnich gab mit seinem Vortrag einen Einblick in zurückliegende sowie anstehende Bürgerbeteiligungsprozesse im BMUB. Er betonte dabei die Transparenz und Akzeptanz des Verfahrens sowie die beratende Funktion der Bürgerinnen und Bürger für die Entscheidungsträger als wichtige Bausteine der Bürgerbeteiligung. Konkret wies Dr. Münnich auf Beispiele aller Bereiche des BMUB hin, in denen Bürgerbeteiligungsprozesse durchgeführt wurden. So führte er z. B. das Novum der Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche/NBG an (Festschreibung im Gesetz). Außerdem erwähnte er die rege Beteiligung am Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess II) und betonte diesbezüglich die transparente und nachvollziehbare Arbeitsweise der Weiterverfolgung der Vorschläge, die auch für die Fortschreibung in ProgRess III angestrebt würde. Zudem verwies er auf die Durchführung des Bürgerdialogs zum Klimaschutzplan 2050, in dem zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einbezogen worden seien. Besonders wichtig seien hier Feedback-Schleifen während des Prozesses gewesen. Als Ausblick fügte Dr. Münnich hinzu, dass weitere Bürgerdialoge und ein Wettbewerb für Bürgerbeteiligung geplant seien. Angesichts zurückliegender Erfahrungen des BMUB sehe er die Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen auf Bundesebene als umsetzbar an.

Bürgerbeteiligung international: Was können wir von anderen Ländern lernen? – Daniel Schily, Democracy International

Daniel Schily stellte die internationale Perspektive der Bürgerbeteiligung und anregende Ansätze anderer Länder im Kontext der direkten Demokratie dar. Das Ziel von Democracy International sei es, Europa bürgernäher, transparenter und demokratischer zu gestalten. Die Grundsatzfrage sei also, wie eine lernende, deliberative Demokratie entstehen könne. Er beschrieb, dass es 1.577 direkte Demokratiegesetze in 113 demokratischen Ländern gäbe. In 101 Staaten sei zudem die direkte Demokratie auf Bundesebene verankert und 25 Staaten könnten bottom-up

Volksgesetzgebungsprozesse vorweisen. Nichtsdestotrotz müsse der rechtsstaatliche Rahmen gewährleistet sein, um deren Ausübung sicherzustellen. Als Beispiele führte Schily Turkmenistan und Marokko an, die zwar Demokratiegeletze hätten, die sichernden Rahmenbedingungen aber nicht gewährleistet wären. Herr Schily zählte als weiteres Beispiel Irland auf. Dort seien Verfassungs- und Europareferenden möglich, die eine starke Bürgerbeteiligung voraussetzen. Darüber hinaus erwähnte der Vortragende das Vernehmlassungsverfahren in der Schweiz oder die frühen Anfänge direkter Demokratie in Kalifornien. Herr Schily stellte heraus, dass auf europäischer Ebene die partizipative Gesetzgebung bereits etabliert sei. So sei eine Beteiligung an Vorprozessen zur Gesetzgebung für die Allgemeinheit zugänglich und auch im Europäischen Konvent könnten Ideen eingebracht werden. Herr Schily schloss mit der Einschätzung, dass eine Einführung der Volksgesetzgebung sich auch auf die Bürgerbeteiligung positiv auswirken würde.



Fragen & Diskussion:

Im Anschluss an diese drei Kurzimpulse stellte das Publikum Fragen an die Referierenden.

Ein Publikumsteilnehmer stellte die These auf, dass durch eine höhere Risikobereitschaft Bürgerentscheide zuzulassen, eine höhere Ergebnisqualität erreicht werden könne. Staatsrätin Eler äußerte darauf, dass bei schnell herbeigeführte Bürgerentscheiden oft fundierte Argumente fehlen würden – das berge die Gefahr, dass Bürgerentscheide stark populistisch würden. Dem müsse, wie nach schweizerischem Vorbild, mit verpflichtender Informationsarbeit entgegengewirkt werden. Besser seien dann Volksentscheide auf europäischer Ebene.

Zu dem Instrument der Themenlandkarte wurde die Frage an Dr. Münnich gestellt, ob dies auch im BMUB Anwendung finde bzw. Bedarf erkennbar wäre. Der Referatsleiter stellte heraus, dass der Bedarf im BMUB für ein solches Werkzeug gesehen würde, eine Umsetzung wäre ggf. für die nächste Legislaturperiode vorgesehen.

An Frau Staatsrätin Eler wurde die Frage gestellt, welche Ratschläge von der Landesebene an das BMUB weitergegeben werden könnten. Diese betonte, dass eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten sowie der (länder-)übergreifende Austausch wichtige Themen seien.

Zudem stellte sie die Etablierung eines Kabinettausschusses positiv heraus, der in Baden-Württemberg viele Fortschritte bewirkt habe.

Eine Teilnehmerin lobte das hohe Niveau der Qualitätsdebatte und richtete die Frage an die Referierenden, wie es – bezogen auf die Geschwindigkeit der Prozesse – möglich wäre, Innovation im Sinne der Sache zu schaffen. Herr Schily stellte heraus, dass Bürgerbeteiligung zwar zeitaufwändig sei, den Prozess aber insgesamt beschleunigen könne. Dr. Münnich ergänzte, dass durch Bürgerbeteiligung die Qualität der Ergebnisse als auch der Ziele gesteigert werden könne. Staatsrätin Eler betonte, dass Bürgerbeteiligung angewendet werden sollte, wenn dies als logisch und auch nötig angesehen würde und verwies auf die tendenziell eher konservative Reaktion der Bevölkerung auf Umbruchsfragen.

Exklusivinterview „Bürgerbeteiligung auf Bundesebene – Chancen einer neuen Beteiligungskultur“

Staatssekretär Jochen Flasbarth, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Die Moderation Kathrin Bimesdörfer begrüßte Jochen Flasbarth, Staatssekretär des BMUB, für ein Exklusivinterview.

Die erste Frage der Moderatorin bezog sich auf eine Einschätzung des Staatssekretärs auf die Entwicklung der Umweltpolitik und Bürgerbeteiligung innerhalb der letzten Jahrzehnte und die Erkenntnisse, die daraus gezogen werden können. Staatssekretär Flasbarth stellte fest, dass sich die Umweltpolitik beim Thema Bürgerbeteiligung stark geändert habe. Früher sei mit Protesten auf eine Verhinderung und Verzögerung der Projekte gesetzt worden. Heutzutage seien die Herausforderungen allerdings andere und Umweltschutz der Treiber für Transformation. Der Ansatz sei nun eher Mitgestaltung anstelle von reiner Verhinderung.

Auf die Frage der Moderation, was Bürgerbeteiligung für das BMUB heute bedeute, gab der Staatssekretär einen Rückblick auf die letzte Legislaturperiode. Dort wurden bereits die Weichen für eine ernsthafte Auseinandersetzung im BMUB mit den Themen gelegt, z. B. im Rahmen der zukünftigen Energieversorgung. Er betonte in diesem Zusammenhang die notwendige Unterstützung innerhalb des Hauses. Die Lernkurve bezüglich direkter Bürgerbeteiligung im BMUB sei steil, da das BMUB hier auf Bundesebene Neuland betreten habe.

Frau Bimesdörfer fragte nach Herausforderungen der Beteiligungsprozesse auf Bundesebene, die sich dem BMUB in vergangenen Prozessen stellten. Der Staatssekretär lobte sowohl das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger als auch die „erfrischenden“ Inhalte der Debatten. Als Herausforderung nannte er die Inklusion verschiedener Gruppen, besonders Jugendlicher und bildungsferner Bevölkerungsteile. Hierbei sollten Studien helfen, dieser Herausforderung zu begegnen.

Podiumsdiskussion „Placebo oder Gewinn? – Wie kann Bürgerbeteiligung die parlamentarische Demokratie sinnvoll stärken?“

Im Anschluss an das Exklusivinterview bat Kathrin Bimesdörfer die weiteren Podiumsdiskutantinnen und -diskutanten – Staatsrätin Gisela Erler, Jörg Sommer, Bettina Gaebel und Anna Renkamp – auf die Bühne und stellte diese vor.

Die Moderatorin eröffnete die Diskussionsrunde mit Frau Renkamp, die in der Bertelsmann Stiftung unter anderem Ansprechpartnerin für das Netzwerk „Allianz Vielfältige Demokratie“ ist. Die Frage richtete sich an ihre Einschätzung, ob sie Bürgerbeteiligung als Placebo oder Gewinn wahrnehmen würde und wie Politikverdrossenheit begegnet werden könne. Frau Renkamp entgegnete, dass Bürgerbeteiligung vor allem ernst genommen werden und gewollt sein müsse. Außerdem sollten Rahmenbedingungen, Ressourcen und Kompetenzen vorhanden sein, da bei einer schlechten Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen mehr Schaden als Gewinn verursacht werden könne.

Auf die Frage, wie Bürgerbeteiligung auf Bürger wirke und ob sie dadurch mehr Vertrauen in die Politik erhalten, entgegnete Frau Renkamp, dass sie zum Beispiel bei der Evaluation des Bürgerbeteiligungsverfahrens zum Klimaschutzplan sehr positive Rückmeldungen von Seiten der Bürgerinnen und Bürger erhalten habe: 80 Prozent hätten den Prozess gut bis sehr gut gefunden. Die intensive Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema und die Teilhabe am Prozess steigerten das Verständnis und Verständnis wiederum steigere Vertrauen.

An Frau Gaebel, als Bürgervertreterin des Nationale Begleitgremiums zur Endlagersuche, stellte die Moderatorin die Frage nach den Hintergründen ihrer Mitwirkung in dem Gremium. Frau Gaebel richtete zuerst eine Kritik an die Verwendung der Begrifflichkeit „Zufallsbürger“ bzw. „Zufallsbürgerin“, den sie als irreführend beurteilte und schlug die Verwendung des englischen Begriffes „citizen jury“ vor. Zu der Rolle der Bürgervertreterinnen und -vertreter stellte sie heraus, dass diese Außensicht und Neutralität in die Debatte einbringen würden. Ein Umdenken weg von reinem Hierarchiedenken hin zum Teamdenken habe in der Wirtschaft bereits eingesetzt und müsse nun auch in der Politik Eingang finden, um in transparenten und demokratischen Verfahren zielgerichtet Lösungen zu finden. Frau Bimesdörfer erkundigte sich außerdem bei Frau Gaebel, wie ihr der Umgang mit einer solch komplexen Thematik wie der Endlagersuche geglückt sei. Die Bürgervertreterin erklärte, dass Neugierde und Interesse am Thema von Vorteil seien und die Bereitschaft, viel Zeit zu investieren, der Arbeitsaufwand läge bei ca. 2 Tagen pro Woche. Als Motivator gab Frau Gaebel an, das Instrument der Bürgerbeteiligung als Novum bei einer solchen relevanten Fragestellung wie der Endlagersuche voranbringen zu wollen. Wenn es glückt, durch Bürgerbeteiligung größtmögliche Akzeptanz zu erreichen, könnte das auch als Vorbild für andere Länder dienen.

Die Moderatorin richtete das Wort an Jörg Sommer, Vorsitzender der Deutschen Umweltstiftung, und fragte nach seiner Einschätzung zu der Rolle zwischen Stakeholder- und Bürgerbeteiligung. Herr Sommer bewertete die Stakeholderbeteiligung in Deutschland als grundsätzlich positiv. Bei Bürgerbeteiligungsprozessen, insbesondere im E-Partizipationsbereich, werde allerdings häufig Bürgerbeteiligung geplant, jedoch faktisch lediglich Stakeholderbeteiligung praktiziert. Hier sei eine korrekte Kommunikation und gute Planung wichtig. Eine Herausforderung sei laut Sommer also, tatsächlich Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Wirkliche Bürgerbeteiligung lebe von Betroffenheit, die stark motivierend wirke. Er merkte an, dass die zunehmende Einbeziehung von „Zufallsbürgerinnen“ und „-bürgern“ zwar grundsätzlich zu begrüßen sei, manchmal jedoch auch durch die Erwartung motiviert wäre, dass diese „pflegeleichter“ wären als unmittelbar Betroffene. Eine besondere Herausforderung für die Zukunft wäre es deshalb, betroffene Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene zu beteiligen.

Die Frage, wie potenziell Betroffene auf Bundesebene beteiligt werden könnten, reichte die Moderatorin an Frau Renkamp weiter. Diese entgegnete, dass die Einbeziehung stark von der Zielstellung abhänge. Aus den partizipativen Gesetzgebungsverfahren in Baden-Württemberg beispielweise konnte gelernt werden, dass Dialoge vor Ort förderlich seien, wenn es darum gehe, ein Gesetz zu verbessern. Durch Online-Beteiligung könne zudem die Transparenz gesteigert werden. Sie empfahl, diese beiden Kanäle auf Bundesebene zu bedienen. Im Rahmen des Klimaschutzplans 2050 wurden parallel intensiv Stakeholder als auch die Bürgerschaft beteiligt. Aus diesem Prozess könne gelernt werden, dass eine öffentliche Aufklärung und Diskussion zum Thema wichtig sind, um eine öffentliche Legitimation herzustellen. Abschließend stellte Frau Renkamp dar, dass es klarer Regeln im Umgang miteinander bedarf, die die Einbindung der verschiedenen Seiten (Parlamentarier, Verbände,..) regle.

Abschließend fragte Frau Bimesdörfer Herrn Staatssekretär Flasbarth, was dem BMUB wichtig sei, damit Bürgerbeteiligung dort nicht zum Placebo verkomme. Staatssekretär Flasbarth gab an, dass die Anpassung des Beteiligungsformats, das Erwartungsmanagement an den Beteiligungsprozess und Transparenz grundlegende Regeln seien, die zum Gelingen beitragen würden. Auch die Rückkopplung der Ergebnisse mit den Beteiligten trage zu einer Verbesserung der Entscheidungen bei – so sei die Ablehnung eines Vorschlages nicht problematisch, jedoch die Intransparenz und Nicht-Kommunikation. Frau Renkamp betonte diesbezüglich außerdem die Bedeutung von zeitnahe und kontinuierlichem Feedback zum Prozess, da besonders Verfahren auf Bundesebene langwierig seien und deshalb eine kontinuierliche Information wichtig sei.

Fragen & Diskussion:

Eine Rückfrage aus dem Publikum richtete sich an Frau Gaebel und die Ausgestaltung des Auswahlprozesses der Bürgervertreterinnen und -vertreter im Nationalen Begleitgremium. Frau Gaebel erklärte, dass der Prozess dreistufig erfolgt sei: Nach der telefonischen Kontaktaufnahme fanden an verschiedenen Orten in Deutschland Bürgerforen statt, um die inhaltlichen Kenntnisse

im Themenbereich zu vertiefen. Hier wurden Empfehlungen für Bürgervertreterinnen und -vertreter formuliert und ein Beratungsnetzwerk aus Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Das Beratungsnetzwerk wählte die drei Bürgervertreterinnen und -vertreter für das Nationale Begleitgremium. Diese wurden anschließend von der Bundesumweltministerin als Mitglieder des Begleitgremiums berufen.

Im Hinblick auf die Rolle von Zufallsbürgern betonte Staatsrätin Erler, dass die Einbindung von Zufallsbürgern vielleicht bequem erscheinen könne, dies aber kein Zeichen für schlechte Beteiligung sei. Denn die Beteiligung zufällig ausgewählter Bürgerinnen und Bürger könne zu einer Versachlichung des Themas beitragen.

Eine weitere Frage an die Podiumsgäste zielte auf Einschätzungen zum derzeitigen Stand der Bürgerbeteiligung in Deutschland. Staatssekretär Flasbarth äußerte sich zurückhaltend. Es sei international eine Tendenz zur Schlichtheit der Debatten zu bemerken, die durch anonymisierte Medien noch erleichtert würde. Er plädierte dafür, nicht parlamentarische Strukturen und Grundkonsense in Frage zu stellen, sondern durch geeignete Formen die Gesellschaft einzubeziehen.

Die Moderatorin Kathrin Bimesdörfer bedankt sich abschließend bei Staatssekretär Flasbarth, den Podiumsgästen sowie dem Publikum.



Teilnahmeliste

Nr.	Name	Institution	Forum
1	Heiko Adrian	Fotograf	
2	Heike Aghte	Europäische Bürgerinitiative "30 km/h - macht die Straßen lebenswert!"	Forum 2
3	Jochen Ahlswede	Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit	Forum 2
4	Ulrich Arndt	Staatsministerium Baden-Württemberg	Forum 1
5	Lea Baumbach	Bürgerdialog Stromnetz	
6	Johannes Bayer	IFOK GmbH	Forum 3
7	Max Behrendt	Advice Partners	Forum 1
8	Ruth Beilharz	Büro Beilharz	Forum 1
9	Bianca Bendisch	IKU_DIE DIALOGGESTALTER GmbH	Forum 2
10	Kathleen Bernau	Landesamt für Bauen und Verkehr, Brandenburg	Forum 2
11	Yvonne Beutlich	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 1
12	Kathrin Bimesdörfer	IFOK GmbH	Forum 2
13	Benjamin Bittermann	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 3
14	Ute Blotenberg	Münchner Stadtentwässerung	Forum 1
15	Dr. Stephanie Bock	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)	Forum 1
16	Eike Botta-Venhorst	Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Referat Demokratie	Forum 2
17	Ulrike Boy	Ramboll Holding GmbH	Forum 2
18	Franziska Brachvogel	NeulandQuartier GmbH	Forum 3
19	Kerstin Brandau	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 1
20	Dr. Volker Brennecke	VDI e.V.	Forum 2
21	Susanne Bruegel	Landeshauptstadt München - Planungsreferat	Forum 1
22	Dr. Achim Brunnengräber	Freie Universität Berlin	Forum 1
23	Christiane Bunge	Umweltbundesamt	Forum 1
24	Dr. Susanne Cassel	Bundministerium für Wirtschaft und Energie	
25	Yongmin Choi	Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	Forum 2
26	Gregor Darmer	Stiftung Mercator	Forum 1
27	Siegfried de Witt	DE WITT Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	Forum 1
28	Yannick Dischinger	IFOK GmbH	Forum 3
29	Marianne Donda	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	
30	Theresa Dorn	IFOK GmbH	Forum 2
31	Christoph Drude		Forum 1
32	Sebastian Ebert	Umweltbundesamt, Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung	Forum 1
33	Hanna Ehlert	Institut für Partizipatives Gestalten (IPG)	Forum 1
34	Frank Eigenbrod	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben	
35	Staatsrätin Gisela Erler	Staatsministerium Baden-Württemberg	

36	Jürgen Ertelt	Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB)	Forum 3
37	Julia Fielitz	ZebraLog	Forum 1
38	Sts Jochen Flasbarth	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
39	Jakob Flechtner	DIHK e.V.	Forum 1
40	Gordon Naninga Fließ	Ramboll Management Consulting	Forum 3
41	Doris Fortwengel	Mediation-Charrette-Coaching	Forum 2
42	Dr. Miriam Freudenberger	Initiative Allianz für Beteiligung e.V.	Forum 1
43	Carolin Friedemann	Edelman.ergo	Forum 2
44	Dr. Monika Friedrich	Hitschfeld, Büro für strategische Beratung GmbH	Forum 1
45	Bettina Gaebel	Nationales Begleitgremium	
46	Sebastian Gallander	Vodafone Stiftung	Forum 1
47	Thiago Garcia	Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e. V.	Forum 1
48	Anja Gödicke	Bürgerdialog Stromnetz	
49	Marie Grimm	Fachgebiet für Umweltprüfung und Umweltplanung, Technische Universität Berlin	Forum 2
50	Vera Grote	Johanssen + Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH	Forum 2
51	Amely Gundlach	Institute for Energy Efficient Buildings and Indoor Climate, RWTH Aachen University	Forum 1
52	Dr. Martina Habibes	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	
53	Marianne Hachtmann	Technische Universität Berlin	Forum 3
54	Christian Haeser	BV MIRO e.V.	Forum 1
55	Hans Hagedorn	DEMOS Gesellschaft für E-Partizipation mbH	Forum 3
56	Daniel Hanzlik	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 1
57	Axel Happe	50Hertz Transmission GmbH	Forum 1
58	Robert Harbers	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
59	Nora Harms	polidia GmbH	Forum 1
60	Thomas Heimstädt	polidia GmbH	Forum 2
61	Prof. Dr. Moreen Heine	Universität Potsdam	Forum 3
62	Sebastian Herold	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Forum 1
63	Dirk Arne Heyen	Öko-Institut e.V.	Forum 1
64	Dr. Francisca Hochbaum	Landesamt für Umwelt Brandenburg	Forum 3
65	Jorge Hoenig	RDPYC	Forum 3
66	Carolin Holzer	IFOK GmbH	Forum 1
67	Dietmar Horn	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
68	Sabine Huck	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 1
69	Julia Kailasvuori	Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE)	Forum 1
70	Daniel Kämpfe-Fehrle	Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei	Forum 3
71	Judith Kanthak	Umweltbundesamt	
72	Kay-Uwe Kärsten	Werkstatt für Bürgerbeteiligung Potsdam	Forum 1
73	Dr. Richard Karty	Ökologe / Landschaftsplaner	Forum 1

74	Ludger Kemper	LuKe	Forum 2
75	Julia Kleber	polidia GmbH	Forum 3
76	Dr. Ansgar Klein	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) gGmbH	Forum 2
77	Vanessa Kluger	Think Tank DialogGesellschaft e.V.	
78	Dr. Danuta Kneipp	50Hertz Transmission GmbH	Forum 3
79	Dr. Alma Kolleck	Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit	Forum 3
80	Katrin Kowalczyk	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
81	Bernhard Kranz	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	Forum 3
82	Ina Kreische	Volksentscheid-retten.de	Forum 1
83	Dipl.-Ing. (FH) Manfred Kreische	VDI-Initiative "Stadt:Denken"	Forum 3
84	Dipl.Ing. Eckhard Krüger	für Pankow e.V.	Forum 1
85	Dieter Kühn	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V., Berlin-Brandenburg	Forum 3
86	Dr. Maria Leitner	Austrian Institute of Technology (AIT)	Forum 3
87	Melanie Liebscher	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Forum 3
88	Dr. Alexandra Lindenthal	Umweltbundesamt	Forum 1
89	Klaus Lockschen	Energie-Informationsdienst	
90	Christiane Lohse	Umweltbundesamt	Forum 1
91	Christian Löwe	Umweltbundesamt	Forum 1
92	Marc D. Ludwig	Servicestelle Jugendbeteiligung e.V. (SJB)	Forum 1
93	Johann Lütjens	polidia GmbH	Forum 1
94	Moritz Maikämper	Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU)	Forum 2
95	Dr. Birgit Mangels-Voegt	KOMPASS Beratung	Forum 1
96	Eike Marx	Landesamt für Bauen und Verkehr, Brandenburg	Forum 1
97	Jeannette Mathews	Umweltbundesamt	Forum 1
98	Khin Maung Yin	Burma Projekt e.V. Berlin	Forum 3
99	Merlin Michaelis	Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)	Forum 1
100	Lisia Mix	Stabsstelle Nachhaltigkeit und Energie, Freie Universität Berlin	Forum 2
101	Thorsten Müller	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	Forum 2
102	Christian Munk	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Forum 2
103	Dr. Michael Münnich	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 3
104	Stephan Naundorf	Bundeskanzleramt	Forum 3
105	Martina Neue	Landesamt für Bauen und Verkehr, Brandenburg	Forum 3
106	Dr. Lisa Odparlik	Technische Universität Berlin	Forum 3
107	Christoph Okpue	ontopica GmbH	Forum 3
108	Monika Ollig	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 2
109	Dieter Oltmanns		
110	Prof. Dr. Arne Pautsch	Hochschule Ludwigsburg	Forum 2

111	Anne Radohs	Capgemini	
112	Florian Raecke	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 1
113	Silke Ramelow	BildungsCent e. V.	Forum 1
114	Dr. Anika Rasner	Bundeskanzleramt	
115	MR Peter Rathert	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
116	Dr. Werner Reh	BUND e.V.	Forum 2
117	Dr. Bettina Reimann	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)	Forum 1
118	Dieter Reinl	Auswärtiges Amt	Forum 1
119	Maja Rekowski-Dathe	Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit	
120	Anna Renkamp	Bertelsmann Stiftung	
121	Ina Richter	Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)	Forum 2
122	Stefan Richter	Stiftung Zukunft Berlin	Forum 1
123	Simone Richter	Umweltbundesamt	Forum 2
124	Prof. Dr. Roland Roth	Deutsches Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)	Forum 2
125	Bastian Rothe	Bundesministerium des Innern	Forum 2
126	Peter Rottner	BUND Naturschutz in Bayern e.V.	Forum 2
127	Sonja Rube	USP Projekte GmbH	Forum 1
128	Christina Rucker	ZebraLog	Forum 3
129	Matthias Sauer	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 2
130	Eric Schillert	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	
131	Daniel Schily	Democracy International	
132	Vanessa Schlüter	Ramboll Management Consulting	Forum 1
133	Dr. Anne Schoon		
134	Dr. Christiane Schwarte	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
135	Dr. Paul Sehgal	Technische Universität Berlin	
136	Kathrin Senner	Think Tank DialogGesellschaft e.V.	Forum 2
137	Hanns-Jörg Sippel	Stiftung Mitarbeit	Forum 1
138	apl. Prof. Dr. Ulrich Smeddinck	Institut für Rechtswissenschaften, Technische Universität Braunschweig	Forum 2
139	Jörg Sommer	Deutsche Umweltstiftung	
140	Julia Spönemann	Bürgerdialog Stromnetz	Forum 1
141	Monika Sprengel	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	Forum 3
142	Frauke Stamer	Nationales Begleitgremium	
143	Inga Stern	IFOK GmbH	Forum 1
144	Axel Strohbusch	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin	Forum 2
145	Matthias Trénel	ZebraLog	Forum 2
146	Kerstin Tschiedel	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin	Forum 3
147	Dorothea Vogelgsang	DIE LINKE Fraktion im Abgeordnetenhaus	Forum 1
148	Jürgen Voges	Nationales Begleitgremium	
149	Annette Volkens	Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)	Forum 2
150	Isgard Walla	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	Forum 3

151	Regine Weise	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Forum 3
152	Dr. Ralf Weiß	Umweltbundesamt	Forum 1
153	Christine Weiss	Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit	
154	Dr. Christina West	Urban Office, Universität Heidelberg	Forum 1
155	Cornelia Willems	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	
156	Dr. Diana Witt	Bundesministerium der Verteidigung	
157	Prof. Dr. Jan Ziekow	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung	Forum 2
158	Ramona Zißner	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	

Weitere Impressionen der Veranstaltung

Fotograf: Heiko Adrian

